

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.10.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:32 Uhr bis 19:41 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Frau Ute Haupt	Ausschussvorsitzende, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bönisch
Herr Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Schachtschneider, anwesend bis 19:31 Uhr
Herr Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Herr Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Bernhard Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat, Sachkundiger Einwohner
Frau Elisabeth Krausbeck	Sachkundige Einwohnerin
Frau Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Frau Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Frau Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin
Frau Annette Wunderlich	Anwesend ab 16:57 Uhr Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Tobias Kogge	Beigeordneter für Bildung und Soziales
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Andrea Simon	Controllerin GB Bildung und Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Annerose Winter	Abteilungsleiterin FB Soziales
Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin / Amtstierärztin
Yvonne Merker	stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Jens Kaltoven	Geschäftsführer Jobcenter Halle (Saale)
Sören am Ende	Koordinierungsstelle „Engagiert für Flüchtlinge in Halle (Saale)“
Hans-Jürgen Kant	Superintendent des Kirchenkreises, Vorsitzender des Kreiskirchenrates
Olaf Ebert	Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur Halle-

Saalkreis

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch
Andreas Schachtschneider
Dr. Tarek Ali
Dr. Felix Peter
Jan Röttschke

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung wurde von **Frau Ute Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt verwies auf den vorliegenden Dringlichkeitsantrag:

Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2015/01259

und bat Herrn Bernstiel um Begründung der Dringlichkeit.

Herr Bernstiel erklärte, dass der Antrag in der letzten Ratssitzung vom Oberbürgermeister in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen wurde. Die Dringlichkeit begründete **Herr Bernstiel** mit der unmittelbaren zeitlichen Notwendigkeit, da die Broschüre bereits im November vorliegen solle.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt

Des Weiteren empfahl **Frau Haupt** die Tagesordnungspunkte

- 7.1. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
- 7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation

vor die Behandlung der Beschlussvorlagen zu ziehen.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Frau Haupt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 10.09.2015
 - 7.1. Bericht des Jobcenters Halle (Saale)
 - 7.2. Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation

4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
 - 4.2. Förderung der SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Mehrgenerationenhauses Pustebblume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2016 bis 31.12.2020
Vorlage: VI/2015/01050
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235
 - 5.2. Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2015/01259
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Schuleingangsuntersuchungen und zu vorzeitigen Einschulungen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01234
 - 6.2. Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (NEUES FORUM) zum Handlungsbedarf kommunale Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01244
7. Mitteilungen
 - 7.3. Bericht "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"
 - 7.4. Vorstellung der PSAG und erste Ergebnisse der Handlungsempfehlungen aus dem Psychiatriebericht
 - 7.5. Themenspeicher
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

Frau Haupt begrüßte Frau Yvonne Merker als neue stellvertretende Protokollführerin des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und verabschiedete im gleichen Zuge Herrn Kogge als Beigeordneten für Bildung und Soziales, dessen Amtszeit Ende des Jahres endet.

Herr Kogge bedankte sich herzlich.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 10.09.2015**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 10.09.2015, so dass **Frau Haupt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 7.1 **Bericht des Jobcenters Halle (Saale)**

Herr Kogge informierte, dass in der letzten Trägerversammlung beschlossen wurde, dass die Stadt Halle (Saale) wieder für die nächsten fünf Jahre einen Vorsitzenden für die Trägerversammlung stellen wird. Darüber hinaus wird Herr Kaltofen für die nächsten fünf Jahre Geschäftsführer des Jobcenters sein.

Herr Kaltofen sprach zum Bericht des Jobcenters Halle (Saale).

Anmerkung: Die Unterlagen sind in Session hinterlegt.

zu 7.2 **Aktueller Sachstand Asyl / Flüchtlingssituation**

Frau Haupt erinnerte daran, dass es um die Verständigung bezüglich der Versorgung, Unterbringung, soziale Integration / Begleitung und Arbeit geht. In der heutigen Sitzung wird Herr Paulsen als Leiter des Dienstleistungszentrums Migration und Integration zur Thematik informieren. Weiterhin wurden als Gäste Herr Kant, Herr Olaf Ebert und Herr Sören am Ende eingeladen.

Herr Paulsen bezeichnete die Lage als stabil. Pro Monat gibt es ca. 500 Zuweisungen. Alle ankommenden Flüchtlinge werden in den vorhandenen Unterkünften untergebracht. Das Umzugsmanagement arbeitet relativ gut. Bislang konnten 86 Auszüge realisiert werden. Es ist demnach möglich, neue zugewiesene Flüchtlinge in den Unterkünften wieder unterzubringen. Die Landesaufnahmeeinrichtung am Riebeckplatz ist voll belegt. Es gibt allerdings Bewegungen dahingehend, dass Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Irak in andere Einrichtungen beziehungsweise andere Bundesländer verlegt werden. Mit dem Land ist man in Abstimmungen und erste Umbauarbeiten haben begonnen, so dass Erstuntersuchungen möglich sein werden. Die Auszahlung des kulturellen Minimums, das Taschengeld, wird umgesetzt. Hier führt man Gespräche bezüglich der räumlichen Notwendigkeit und bezüglich der Kostenübernahme durch das Land. Momentan wird die Erstuntersuchung durch das Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara sichergestellt. Auch hier zeigen sich stabile Verhältnisse.

Herr Kant erklärte, dass man sich für Menschen in Not einsetzen und engagieren möchte. In Absprache mit Frau Schneutzer und Herrn Paulsen habe man festgelegt, dass es einer Schaltstelle bedarf, welche engagierte Mensch vermittelt und zwar genau dahin, wo Not vorhanden ist. Über die Kreissynode wurde dies gut umgesetzt. Zusammen mit Stadt, Freiwilligenagenturen und Kirchenkreis wurde eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Herr Sören am Ende zeigte auf, wie und wo sich Freiwillige engagieren können. Hilfen können in Form von Stadtbesichtigungen, Arztbegleitungen, Wohnungssuche oder Kitaplatzsuche erfolgen. Eine andere Möglichkeit ist das „Deutsch-Café“. Hier können Kontakte zwischen Freiwilligen und Flüchtlingen geknüpft werden.

Herr Sören am Ende sagte, dass die Koordinierungsstelle seit Mai existiert. Seit bereits Mitte August ist ein hoher Anstieg an Freiwilligen, Vereinen und Kirchengemeinden zu verzeichnen. Aufgrund der hohen Nachfrage und den vielen eingegangenen E-Mails, welche nicht alle beantwortet werden konnten, hat man Mitte September eine Online-Registrierung eingeführt. Mittels dieser können sich nun Freiwillig online themenspezifisch registrieren. Bislang liegen 250 Registrierungen vor.

Am 1. Oktober 2015 fand im Stadthaus eine Infomesse statt, bei der sich 26 Organisationen vorgestellt hatten. Es waren mehr als 300 interessierte Teilnehmer anwesend.

Herr Sören am Ende signalisierte, dass die große Hilfsbereitschaft auch eine logistische Herausforderung darstellt. Zu Veranstaltungen erscheinen so viele Freiwillige, die man mitunter gar nicht alle bedienen kann. Auch sogenannte „Brückenbauer“ stellen eine Herausforderung dar. Viele Vereine melden sich mit Angeboten und der Bitte Flüchtlinge vorbei zu schicken, die dann diese Angebote in Anspruch nehmen können. Sogenannte „Brückenbauer“ haben direkten Kontakt zu Flüchtlingen und können die entsprechenden Angebote dann vermitteln.

Als weitere Herausforderung nannte **Herr Sören am Ende** die Einführung einer Fortbildungsreihe für Freiwillige zur Thematik Asylrecht, traumatisierte Kinder, Methoden der Sprachvermittlung aber auch Reflektionsgespräche und Austauschangebote.

Der Geschäftsführer der Freiwilligenagentur **Herr Olaf Ebert** betonte, dass man bei Errichtung der Koordinationsstelle von anderen Voraussetzungen ausgegangen ist. Nach der Sommerpause gab es einen erheblichen Ansturm von Freiwilligen.

Herr Kogge erinnerte daran, dass der Rat neue Gemeinschaftsunterkünfte beschlossen hat. Die entsprechenden Verträge sind geschrieben. Nun kann die Sanierung der Einrichtungen erfolgen.

Zur Verfahrensweise äußerte **Herr Kogge**, dass die Flüchtlinge an einer zentralen Stelle abgeholt werden und dann in die Gemeinschaftsunterkünfte gebracht werden. Er erklärte, dass die Verwaltung vor einer großen Herausforderung steht und bat um Nachsicht, dass nicht immer sofort alle Angelegenheiten sofort umgesetzt werden können. Des Weiteren bat er darum, Ruhe zu behalten. Sollten schlimme Fälle / Ereignisse eintreten, wie beispielsweise schlimme Erkrankungen, so wird die Verwaltung darüber umgehend informieren. Bislang liegen solche Fälle nicht vor.

Herr Baus sagte, dass die Personalsituation im Fachbereich Soziales äußerst angespannt ist. Das Land nimmt sich in seiner Aufgabe immer mehr zurück. Bislang wurden die Flüchtlinge hergefahren und 24 bis 28 Stunden vorher Listen verteilt. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Die Mitarbeiter des Fachbereichs Soziales müssen mitunter 4 bis 5 Stunden in der Nacht auf den ankommenden Bus warten, sogar bis nachts um 4 Uhr. Er erwartet Hilfe, wenn der Fachbereich nicht zerbrechen soll.

Frau Dr. Gröger erklärte, dass man in enger Kooperation mit dem Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara steht. Die Zusammenarbeit verläuft gut.

Frau Haupt bat um etwaige Nachfragen.

Frau Dr. Wünscher fragte nach Fallzahlen, denn es gäbe wohl Unstimmigkeiten. Das Innenministerium habe eine Pauschale für Halle (Saale) genannt in Höhe von 10.600 Euro.

Frau Ranft merkte an, dass der Oberbürgermeister eine Spitzabrechnung dazu möchte.

Frau Dr. Wünscher fragte, wie die aktuelle Pauschale aussieht, mit der man in Halle (Saale) rechnet und ob dieser Betrag über einen längeren Zeitraum stabil ist oder ob mit Aufwüchsen zu rechnen ist.

Herr Baus sagte, dass das Land ab diesem Jahr 8600 Euro zahlen wird. Die Zahlen beruhen auf den Untersuchungen aus dem Jahr 2014, wo allerdings eine andere Situation zu verzeichnen war. Der Städte- und Gemeindebund hatte aber schon damals berechnet, dass eigentlich 9300 Euro Durchschnittskosten gängig wären. Die Stadt Magdeburg hat daraufhin noch einmal nachgerechnet und ist auf eine Summe von 10.600 Euro gekommen. Halle (Saale) selber rechnet mit 8900 Euro aber mit aktiver Steigerung.

Herr Kogge ergänzte, dass die Krankenkassenkarte für Flüchtlinge eingeführt werden soll. So werden Versorgungsfragen leichter zu regeln sein.

Herr Peinhardt fragte nach aktuellen Flüchtlingszahlen.

Herr Paulsen sagte, dass sich momentan 1600 Asylbewerber in der Stadt Halle (Saale) befinden.

Herr Peinhardt fragte, ob sich in dieser Zahl schon die Anzahl von Personen befindet, die im Maritim aufgenommen sind.

Herr Paulsen verneinte dies. Diese Personen sind nicht der Stadt Halle (Saale) zugewiesen. Das Maritim ist eine Außenstelle von Halberstadt.

Frau Haupt fragte zum Stand der nötigen Stellenmehrbedarfe.

Herr Paulsen erklärte, dass die Mehrbedarfe durch den Fachbereich Verwaltungsmanagement analysiert wurden. Das Ergebnis muss nun mit den Anforderungen, welche durch die Landeserstaufnahmeeinrichtung am Riebeckplatz entstehen, abgeglichen werden. Dies gilt dann entsprechend als Grundlage, wie viel Mehrstellen benötigt werden.

Herr Czock sagte, dass er in letzter Zeit mit mehreren Betriebsräten des Maritims gesprochen hat. Er hat die Information, dass zur Betriebsratssitzung der GBD anwesend sein sollte und der Oberbürgermeister gern den Raum hätte verlassen wollen. Er fragte, ob diese Informationen der Wahrheit entsprechen.

Herr Paulsen sagte, dass es darum ging, ob der anwesende Teilnehmerkreis der war, welcher verabredet und angekündigt war oder ob er erweitert wird.

Frau Krausbeck wollte wissen, ob es genügend Hilfsangebote gibt.

Herr Ebert bejahte dies. Es gibt darüber hinaus viele neu entstehende Angebote.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014** **Vorlage: VI/2015/01200**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters erfolgt zum Tagesordnungspunkt 4.1 ein Wortprotokoll.

Frau Haupt

Wir kommen zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016. Ich will gleich voran sagen, dass ich davon ausgehe, dass wir auch eine 1. Lesung machen. Das wir uns dazu verständigen können. An dem Kopfnicken entnehme ich das jetzt so zur Kenntnis. Zweitens möchte ich voran schicken, dass wir uns in der Vorabsprache auf folgendes Verfahren geeinigt haben, wenn Sie so mitgehen können. Und zwar werden wir auch Präsentationen jetzt bekommen, beziehungsweise Frau Wildner wird keine Präsentation machen für die Produkte, das ist ja recht übersichtlich in Ihrem Bereich. Sie würde dann auch anfangen und würde uns den Haushalt vorstellen sozusagen. Wir würden dann mit dem Sozialamt weiter machen. Frau Winter, Herr Baus, so bin ich informiert wurden. Dann würden wir in den Gesundheitsbereich einsteigen und dann würden wir – nein, ich will noch dazu sagen, dass auch Frau Hoßbach da ist für den Bereich I, was die Beauftragten anbetrifft. Fachbeauftragten. Entschuldigung, ich wollte Sie jetzt nicht. Also wir haben auch wieder ganz viele Leute, die wir hier dazu befragen können. Sie haben wie gesagt die, außer jetzt Frau Wildner, eine Präsentation aufgebaut, die auch die einzelnen Produkte im Haushalt immer beinhalten. So dass wir da gegebenenfalls auch Nachfragen schon stellen können. Weil, ich wollte Ihnen vorschlagen, dass wir dann nicht im Anschluss nochmal jedes Blatt durchgehen. Aber das müssen Sie jetzt entscheiden. Ich denke, wir könnten das mit der ersten Lesung heute so machen. Und könnten dann – vielen Dank an unsere Gäste. Sie können gerne bleiben aber, danke! Und könnten dann mit Nachfragen, die Sie dann entsprechend an die Verwaltung geben, beim nächsten Mal dann wirklich Seite für Seite durchgehen. Das wäre jetzt ein Vorschlag. Bitte, Frau Schöps.

Frau Dr. Schöps

Ich wollte nachfragen, können die Präsentationen dann auch nachträglich in Session eingestellt werden.

Frau Haupt

So habe ich das, ich frage noch mal, ja. Das wäre eine gute Grundlage auch nochmal für die Vorbereitung für die zweite. Wir würden das beides ein bisschen kombinieren und nicht nochmal jede Seite durchgehen, wenn Sie so einverstanden sind. Also, ich würde sagen, dann steigen wir erstmal ein in die Diskussion und ich weiß jetzt nicht Frau Hoßbach, wo wir die einzelnen, also Frau Wildner macht ja ihren Bereich auf jeden Fall extra. Und Sie würden dann ganz kurz nachher was sagen zu dem Bereich Beauftragte noch, ja. Nur so zur Abfolge, dass wir dann wissen, dass wir nichts vergessen. Gut, ich würde sagen Frau Wildner hat jetzt erstmal das Wort. Bitteschön.

Frau Wildner

Ich habe auf eine Präsentation verzichtet, weil der Bereich der Gleichstellungsbeauftragten ja auch nur dieses eine Produkt beinhaltet. Also die Gleichstellung von Frau und Mann, sowohl was jetzt die Verwaltung als auch die Stadt Halle an sich angeht. Also entsprechend des Aufgabenkataloges auch nach Frauenfördergesetz und so weiter. Es gab das mal mit zwei Leistungen. Das ist verdichtet wurden. Aber schon bei den letzten Haushalten. Insofern gibt es da auch jetzt nicht so viele Neuigkeiten zu berichten. Der Haushalt, den finden Sie auf der Seite 162, und im Grunde ist es quasi so, sozusagen, dass es keine Aufwüchse aber

auch keine Dopplungen mehr gegeben hat. Also insbesondere in den Transferaufwendungen, wo sich ja die Fördermittel wiederfinden, ist sozusagen der Stand auch beibehalten wurden. Dasselbe gilt auch für die Sachaufgaben meiner eigenen Arbeit, die Sie unter sonstige ordentliche Aufwendungen finden. Es ist ja sehr verdichtet im Doppischen Haushalt und, wenn es jetzt dazu noch Fragen gibt, dann würde ich die lieber beantworten, weil ja diese Detailsachen, ich weiß jetzt nicht, inwieweit Sie das jetzt so interessiert. Da würde ich lieber auf Fragen ...

Frau Haupt

... interessiert sind wir.

Frau Wildner

Ich meine jetzt, wir sind ja beim Haushalt. Und ob Sie interessiert sind, wie ich mit den Dienstreisen stehe oder mit den Geschäftsausgaben oder sonst was. Im Grunde genommen, die Sachausgaben eigener Veranstaltungen sind auch, konnte ich beibehalten in Höhe von 2000 Euro, wo alle Dinge sozusagen finanziert werden, für das ganze Jahr, wo ich also auch Veranstaltungen mache oder mich mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern zusammen tue, um sozusagen noch ein Stückchen näher zu ermöglichen zu den öffentlichen Tagen, die halt auch in meinem Bereich eine Rolle spielen.

Frau Haupt

Gibt es schon jetzt eine generelle Nachfrage zu dem Bereich Frau Wildner, also Gleichstellung?

Frau Wildner

Seite 162 ist das die Seite.

Frau Haupt

Sehe, ist nicht der Fall.

Frau Wildner

Wenn da noch was sein sollte, können wir auch zwischendurch...Können Fragen an mich herangetragen werden.

Frau Haupt

Genau. Erstmal schönen Dank. Gut.
Dann kommen wir wie angekündigt zum Bereich Sozialen im Großen.

...Zwischenrufe...

Frau Haupt

Jetzt an der Stelle? Gut, dann machen wir das. Frau Hoßbach hat das Wort.

Frau Hoßbach

Nur ganz kurz. Also es ist ja nicht nur der Bereich Gleichstellung ohne den Fachbeauftragten zu verstehen, sondern auch die Beauftragten sind drin. Das ist dann die nächste Seite im Haushalt von Frau Wildner, das ist dann ab 863, da finden Sie die Fachbeauftragten. In 2016 ist da eine Änderung drin. Die Fachbeauftragten waren bisher unter einem Produkt abgebildet, bis zum Jahr 2015. Das heißt alle drei waren da drin versammelt, einschließlich des Koordinatoren für Migration, für den der Bereich eine Zuweisung vom Land bekommt. Und wir haben jetzt ab 2016 eine Änderung, dass es also ein Produkt geben wird, Fachbeauftragte, dann die Beauftragten für sich abgebildet werden als eine Leistung und die zweite Leistung ist der Koordinator / Koordinatorin für Migration, weil wir dort exakt dem Land gegenüber abrechnen müssen, die Sachkosten und auch die Personalaufwendungen. Das ist neu für 2016. So war es gedacht. Jetzt kommt das Dienstleistungszentrum Migration

dazu. Das sehen Sie im Haushalt noch nicht. Es soll im Haushalt 2016 noch mit abgebildet werden, so ist der Plan. Dafür soll es, so ist angedacht, ein Produkt geben mit zwei Leistungen, wo also dann einmal der Bereich Unterbringung abgebildet wird, den jetzt Herr Godenrath praktisch betreut und eine Strecke soll sein Frau Schneutzer mit dem Koordinator Migration und noch Mitarbeiter dazu, dass dann Sachkosten ausgewiesen sind. Im Moment besteht noch das Problem, dass die Kämmererei das Produkt praktisch bilden muss, mit einer Numerik verstehen muss und dort muss erst ganz genau geguckt werden, wie es sich zum Fachbereich 50 dann abgrenzt, damit man dann in der Numerik die Produktbildung bleiben kann. Das wird dann mit finanziellen Mitteln untersetzt, damit das DLZ arbeitsfähig ist mit Sachkosten und Personalkosten. Es wird dann ein eigener Strang. Und wie gesagt, geplant ist und so muss es auch sein, dass wir das dieses Jahr noch soweit fertig kriegen und dann sicher mit Änderungsblätter einreichen, dass es im Haushalt 2016 abgebildet werden kann. Im Moment haben wir Gelder praktisch freigelegt aus dem eigenen Bereich, damit das Dienstleistungszentrum, so wie es jetzt besteht, erstmal arbeitsfähig ist. Also mit den ganz normalen alltäglichen Sachausgaben die sie brauchen, um arbeiten zu können. Sprich Fahrkarten, dass sie unterwegs sein können, die Taxigutscheine werden bei uns jetzt gesammelt, die jetzt zurück kommen und Telefone müssen angeschafft werden, damit die Mitarbeiter erreichbar sind, wenn sie draußen sind, so einfache Sachen erstmal. So dass sie jetzt bis Ende des Jahres arbeitsfähig sind. So viel dazu. Es wird dann mit den Änderungsblättern wie gesagt sicher dann auch die Struktur ersichtlich und die Produkte dann richtig ausgewiesen im Haushalt. Ansonsten hat sich der Haushalt der Beauftragten nicht geändert. Es ist kein Zuwachs oder Aufwuchs irgendwo ersichtlich. Wir sind also in dem Rahmen geblieben wie es 2015 war.

Frau Haupt

Ich habe jetzt aufgenommen, Nachtragsblätter, ich formuliere es mal so. Können Sie schon sagen, wann die dann kommen? Nein, wahr.

Frau Hoßbach

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das muss erst, die Numerik muss erst festgelegt werden und dann können wir es erst untersetzen.

Frau Haupt

Und das zweite wird erst nachgereicht? Ich habe gehört, Sie haben von zwei Beauftragten und die Koordinierungsstelle besprochen, das sind doch drei oder habe ich das falsch verstanden?

Frau Hoßbach

In dieses neue Dienstleistungszentrum dort praktisch neu verschmolzen und mit ...

Frau Haupt

... ach so mit integriert und dann noch zweie ...

Frau Hoßbach

... der Rest ich sage mal „drei“

...Zwischenrufe...

Frau Hoßbach

Die Beauftragten bleiben extra und dieses Dienstleistungszentrum ist praktisch für Frau Schneutzer übergeben ...

Frau Haupt

Ja, weil ich immer was von zwei und dann drei, ja genau. Das war nur eine Nachfrage noch mal, alles klar.

Gibt es Nachfragen zu dem Gesagten jetzt, von Ihnen noch, zu den Beauftragten? Nicht, erstmal. Gut. Dann würde ich Frau Winter bitten. Frau Winter, Sie fangen an, habe ich gehört und Herr Baus übernimmt nachher noch ein Stück. Sie beide. Bitte, Sie haben das Wort.

Frau Winter

Fachbereich Soziales für 2016. Als erstes haben wir Ihnen eine Folie vorbereitet, wo wir noch mal darstellen, den Anteil des Gesamtaufwandes Fachbereich Soziales, Geschäftsbereich IV und ...*unverständlich*... Hier sieht man, dass wir mit 143 Millionen einen guten Teil einnehmen. Zusammengestellt haben wir auch nochmal alle Produkte, die im Fachbereich Soziales angesiedelt sind, mit den Aufwendungen dazu und prozentual sieht man hier nach wie vor Leistungen nach dem SGB II. Das ist der Großteil. Dann schon gefolgt von Bildung nach Asylbewerberleistungsgesetz. Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung mit 10 % den dritten Platz und alles andere relativ wenige Prozentpunkte. Hier noch mal als Scheibendiagramm. Zusammengefasst die Leistungen nach dem SGB XII. Insgesamt 20 %. Und alles, der Großteil die 61% machen Leistungen nach dem SGB II aus. Wie gesagt Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz folgt dann schon. Zusammengestellt haben wir Ihnen auch noch mal alles das, was im Teilergebnisplan abgebildet wird. DS ist nur zum Nachlesen, das lese ich jetzt auch nicht vor. Das erste Produkt ist die Hilfe zum Lebensunterhalt, Haushaltsplan Seite 738 bis 948. Hier gibt es relativ wenig Bewegung. Regelsatzanpassung ist dabei, die Fallzahlentwicklung ist hier sehr moderat. Das sehen sie auch, ist also wie gesagt relativ gleichmäßig. Muss ma nicht großartig was zu sagen. Das ist das nächste Produkt, wenn jetzt keine Fragen sind.

Fragen machen wir danach. Also wir machen Produktweise und dann Nachfragen zu dem Gesagten, Keine Nachfragen?

Frau Winter

Nächstes Produkt wäre Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung, Seite 941 bis 943. Hier noch mal der Bund übernimmt die Kosten zu 100 %, die Differenz, die hier sichtbar wird, sind die Einnahmen aus Rente, aus Unterhalt, was eingenommen wird. Und diese Aufwendungen sind auch zu 100 % erstattet sind. Zur Grundsicherung fragen?

Frau Ranft

Ich hatte Sie jetzt so verstanden, dass wir die Fragen, also ich habe ja ganz viele Fragen, aber die stelle ich nicht jetzt, die stelle ich beim nächsten mal, wenn wir dann Seite für Seite durchgehen?

Frau Haupt

Nein, das müssen Sie jetzt wissen, wann Sie sie fragen, Was schon, das habe ich ja gesagt, wir stellen die Produkte vor und Sie können natürlich auch schon Fragen stellen aber Sie können, wenn Sie meinen, diese auch beim nächsten Mal, müssen aber eigentlich mit der zweiten Lesung beenden. Wenn Sie jetzt sagen, dass wäre für meine Vorbereitung wichtig, dann sollten sie jetzt vielleicht doch gestellt werden.

Frau Ranft

Dann hätte ich gern eine Frage zur Hilfe zum Lebensunterhalt. Da habe ich auch schon überlegt, ob ich da, da gehen ja die Personalaufwendungen deutlich zurück. Zwei Folien davor, glaube ich. Die gehen ja um rund 150.000 Euro zurück.

Frau Winter

Die sind veranschlagt für Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfen nach Leistungsgesetz werden von einem Personenkreis, von einem Mitarbeiterstamm bearbeitet und wir haben hier eine Personalanpassung vorgenommen, weil jetzt der Großteil Asylbewerberleistungsgesetz bearbeitet ist und ein kleiner Personen, die bei Hilfe zum Lebensunterhalt sind. Deshalb gibt's da die verschiedenen ...

Frau Ranft

... deshalb bleiben die Fallzahlen gleich, weil ...

Frau Winter

... bleiben gleich, aber der Anteil des Personals, was vorher anders berechnet war, prozentual, geht mehr ins Asylbewerberleistungsgesetz.

Frau Ranft

Aha, okay.

Frau Haupt

Noch eine Frage gleich? Dann erstmal nicht. Nein, so wollten wir das machen. So, dann bitte, weiter.

Frau Winter

Fachbereich Gesundheit. Seite 944 bis 945. Hier abgebildet sind bei Krankheit...*unverständlich*...und das betrifft den Personenkreis Lebensunterhalt. Im Haushaltsplan als Änderung hier eigentlich nur personalkostenmäßig eine Anpassung, weil auch hier die Mitarbeiter den Bereich Asyl bearbeiten.

Frau Ranft

Hier werden ja auch die Personalkosten, ach so ... ah okay, gut.

Frau Dr. Schöps

Diese rausgekürzte Personalkosten sind deshalb im Haushalt nicht drin, weil sie

Frau Haupt

Anders aufgeteilt sozusagen.

Herr Kogge

Personen sind in einem anderen Produkt, das ist rübergegangen, deshalb steigt in einem anderen Produkt die Personalkosten...

Frau Dr. Schöps

...finanziert letztendlich dann, wird es über die Pauschale vom Land

Herr Kogge

Wenn alles gut geht, ja.

Frau Haupt

Aber auch da kriegen wir eventuell noch Austauschblätter, ja. Sie noch dazu? Bitte, ja.

Herr Dr. Wöllenweber

Wenn man das jetzt zusammenzählt, das sind schon 250 Tausend hier Hilfe zur Gesundheit. Wird das irgendwo mal dann konzentriert dargestellt? In welchen Größenordnungen diese Asylbewerberhilfen sich dann niederschlagen. Sie sagten, es ist noch nicht eingestellt, dieses Dienstleistungszentrum. Wann ist das zu erwarten? Noch vor der nächsten Lesung? Oder erst zum Abschluss?

Herr Kogge

Das sind zwei Fragen, die wir kurz trennen. Frage 1 – Dienstleistungszentrum. Ist vorhin beantwortet wurden. Wird dann geregelt, wenn die Kämmerei fertig ist mit der Numerik. Da kommen zwei Produkte hin. Die Verschiebungen, die hier ist sind, sind andere Verschiebungen in den sozialpflichtigen Bereich der Unterbringung und der Auszahlung von

Geldern. Dieser Bereich der 50 ist, also Sozialamt, da hat sich nur das Personal momentan verschoben von A nach B. Also von anderen Produkten in das Produkt der Asylsituation und da wird quasi, die Gesamtkosten werden ausgetauscht. Ende November. Da wird auch alles draufgeschrieben, was aus diesen Bereichen kommt.

Frau Ranft

Wer bearbeitet denn jetzt denn hier schon länger lebenden Personenkreis?

Herr Kogge

Die sind dabei.

Sie müssen sich das so vorstellen, wir haben in der Krankenhilfe zum Beispiel drei Mitarbeiterinnen, die die ganze Krankenhilfe bearbeiten. Und wir haben jetzt geteilt, wie wie gesagt, der Flüchtlingsstrom ja so hoch ist, dass wir nach Asylbewerbergesetz zwei Mitarbeiter brauchen und nur noch einen für den Personenkreis Hilfe zum Lebensunterhalt.

Frau Ranft

Und wenn jetzt die Flüchtlinge nicht gekommen wären? Was hätten die dann gemacht?

Frau Winter

Die machen nach wie vor ...

Frau Ranft

... also da wird jetzt irgendeine Leistung zurückgefahren?

Frau Winter

Wir müssen dort Personal aufstocken.

...Zwischenrufe...

Frau Haupt

Und das müsste, so habe ich Sie verstanden, dargestellt werden?

Herr Kogge

Wir haben unser Personal in verschiedensten Produkten umgesetzt, um die Lücken, die wir dort haben, zu füllen. Das heißt nicht gleichzeitig neue Lücken schaffen. Wir haben da auch kompensiert und da werden wir auf unterschiedliche Fallzahlen blicken. Sie haben gesehen, dass die sehr konstant waren ... Und im anderen Bereich sind höhere Steigerungen ...

Frau Simon

Man müsste vielleicht noch einmal deutlicher sagen, dass das Dienstleistungszentrum Migration und Integration wird durch den Geschäftsbereich IV nicht bewirtschaftet. Das sind zwei vollkommen getrennte Dienstleistungen. Das DLZ Migration und Integration gehört zum OB-Bereich. Das heißt, wenn der OB seinen Haushalt vorstellt, wird da dies eine Rolle spielen. Und Frau Winter stellt jetzt vor, den haushalterischen Teil, den Ergebnisplan, ausschließlich für den Fachbereich 50. Und im Fachbereich 50 werden alle Personen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz so wie gehabt verarbeitet, das heißt darüber läuft diese Finanzierung, Regelbedarf, alle Kosten des Lebensunterhaltes plus die Kosten der Unterkunft. DAS war schon immer so, dass wir hier einen erheblichen Aufwuchs haben. Wir müssen gut trennen, das DLZ, denn dazu können wir auch nichts sagen. Es wird durch uns nicht bewirtschaftet. Und daher bitte ich einfach darum, dass Sie das hier trennen, in der Betrachtung. Es ist eine schwierige Kiste, da man hier schauen muss bezüglich der Schnittstellen aber in der Haushaltsbetrachtung hier, muss es getrennt werden.

Herr Kogge

Hintergrund, wir möchten dem Land alle Sachen in Rechnung stellen. Deswegen teilen wir auch in den einen Teil auf GO und Taschengeld, und der andere Teil Integration und Migration, andere Posten beim OB. DA haben wir die zwei Haushaltsstellen, da können wir dem Land sehr schön zeigen, hier das ist der eine Kostenteil, dass ist der andere Kostenteil.

Frau Dr. Schöps

Ich verstehe es gerade trotzdem nicht. Das was hier jetzt sehen, ist der Haushalt. Das ist ja nicht die Beschreibung der Ist-Situation. Und wenn wir dort Personal aufstocken müssen, weil das wegen mit der gegenwärtigen Personaldecke zwar gerade so geschafft wird aber halt nicht dauerhaft. Und warum steht das da hier nicht drin. Das verstehe ich jetzt nicht. Wir haben nahezu gleiche Fallzahlen, also müssten wir auch gleiches Personal haben.

Herr Kogge

Wir haben gleichbleibende Personalzahlen. Wir haben im Asylbereich gesagt, dass der Bereich rein im Haushaltsplan ist, damit wir nicht jeden Monat neue Zahlen liefern. Einmal im November die Austauschblätter bekommen. Da kommt dann der Stand vom November rein, an den Zuwanderungstagen bzw. an den Neuaufnahmetag und da wird quasi der Bereich 50 mit den Austauschblättern. Und dann ist dieser Bereich aktuell.

Frau Dr. Schöps

Da kommt jetzt das Personal, was hier raus ist nicht wieder rein?

Frau Haupt

Aber als Merkposition auf jeden Fall – wir bekommen noch mal neue Blätter. Das Sie das wissen und dafür sensibilisiere ich. Und das Dienstleistungszentrum kommt auch noch mal neu. Also wir können heute gar nicht abschließend darüber beraten.

Frau Dr. Schöps

Das verstehe ich schon. Meine Frage geht eher in die Richtung von vorhin. Es muss ja das Personal, es hat ja früher ohne den Asylbewerberzusprung Fälle bearbeitet und war ja nicht überzählig. Und wenn wir dann jetzt was rausnehmen, was dann auch nicht wieder zurück gerechnet wird, wie soll das gehen?

Frau Haupt

Vielleicht können wir, Frau Winter, erstmal weiter und nehmen Ihre Fragen mit und können ein bisschen aufklären.

Frau Winter

Das nächste Produkt ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, Seite 946 bis 947. Und Hilfe zur Pflege wurde entsprechend runtergesetzt, weil beide Leistungen werden im Namen des überörtlichen Trägers ausgeführt. Im Sozialamt erfolgt nur die Leistungsgewährung. Die Zahlbarmachung geht über den Landeshauptkasse und berührt den Haushalt nicht. Sodass in beiden Produkten nur Personal und Sachkosten dargestellt sind. Bei den Hilfen zur Überwindung besonderer Schwierigkeiten sind veranschlagt einmal der Betrag zur Wohnsozialisierung, das betrifft die Personen, die aufgrund von Mietschulden oder rechtswidrigen Verhalten die Wohnung verloren haben und in einer neuen Wohnung Betreuung erhalten. Die Bestattungskosten und die Pflichtleistungsbeiträge. Hier hatte mich Frau Haupt gebeten, Sie zu informieren über den derzeitigen Stand der Antragslage. Wir haben hier eine Antragslage von 484.300 Euro und einen Ansatz im Haushalt von 438.100 Euro.

Herr Kogge

Das kann de facto ja nie aufgehen. Wenn wir den Haushalt planen, planen wir mit dem Geld, was wollen wir ausgeben für diese pflichtigen Ausgaben und den Ansatz haben wir in

Anschlag genommen. Und wenn das mehr kommt, ist das ja. Aber sie können jetzt nicht sagen, die Verwaltung soll Anträge, die sie noch nicht kennen, schon in Haushaltsanschlag bringen. Das geht gar nicht.

Frau Haupt

Das war nur erstmal zur Kenntnis.

Frau Winter

Dann kommen wir zu den Leistungen nach SGB II. Hier dargestellt noch mal die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft. Hier sehen Sie, dass der Ansatz für 2015 / 2016 gleich sind. Für 2015 kann ich sagen, sieht es sehr gut aus. Wie sich das nächstes Jahr gestalten wird, wir gehen positiv ran. Und müssen dann schauen, wie die Entwicklung wirklich werden wird.

Frau Ranft

Bei welchen Zahlen sind wir denn in 2016? Sieht das wirklich so gut aus der Ansatz?

Frau Winter

Im Moment sieht es aus, als würden wir so um die 72,9 erhalten.

Frau Ranft

Okay.

Frau Winter

Hier noch mal die Leistungsbeteiligung von Bund und Land an den Kosten der Unterkunft. Hier sehen Sie, dass wir die Bundesbeteiligung sich erhöht hat. Im Moment sind wir da bei 31,5 %. Hier ist noch mal ein Stabdiagramm, was die Kommunalleistung ist.

Herr Kogge

Da sehen Sie sehr schön jetzt die Ist 2015. Da haben wir die 31 % der Bundesbeteiligung. Deshalb ist unsere Anteil etwas zurück. Und deswegen kann man, wenn wir auch gut hinkommen, in der 16er die 31 % reingenommen, die waren vorher nicht drin. Wir haben die jetzt 2016 drin und dann ist es dadurch auf dem Höhepunktlevel. Durch die Mehreinnahme der Bundesbeteiligung, die nach der Haushaltsplanung kam 2015, nach dem Beschluss, haben wir die etwas positivere Auswirkung. Ich hoffe, dass wir da nicht ...

Frau Winter

Ich möchte vielleicht noch was dazu sagen. Die Vakanz, das hat Herr Kaltfofen vorhin schon angesprochen, wird hier sein, der kommunale Anteil, den wir an den Kosten des Jobcenters mit tragen. Der kommunale Finanzierungsanteil. Weil, wenn Personalaufwuchs ist, Neuanmietungen anstehen. Das wird sich hier auch, die Größenordnung noch etwas ändern.

Frau Haupt

Kann man das noch im November aktualisieren oder noch nicht?

Herr Kaltfofen

Mit Sicherheit. Bis dahin müssten beide Träger per Beschluss schon zugestimmt haben. Und insoweit könnte man das näher qualifizieren. Das sind keine riesen Summen aber man muss es wirklich mit einpreisen.

Frau Haupt

Gut.

Frau Winter

Bildung und Teilhabe nach SGB II. Hier die Leistung veranschlagt, die im Rahmen von Bildung und Teilhabe ausgereicht werden und die Mittel die zur Verfügung gestellt werden, orientieren sich an den tatsächlichen Kosten der Unterkunft. Das ist unspektakulär.

Beratung im Haus der Jugend. Veranschlagt sind dort die Sachkosten für die Anmietung...Das Produkt Asylbewerberleistungsgesetz, da würde ich an Herrn Baus übergeben.

Herr Baus

...es wird also ganz deutlich, also die Steigerung, die einfach daher rühren, dass wir natürlich mehr Leute haben. Es kommen aber noch mal Änderungsblätter...Personenzahrentwicklung. Ich kann das nicht in diesem Jahr voraussehen, weil, ich hatte ja gesagt, das Land hat im August Förderungszahlen geliefert. Danach hätte ich auch zunehmend gehabt 21.000 Personen. Das wäre mal auf Halle umgerechnet 2.600 Personen...und das hatte man im August gesagt. Im Oktober haben sie gesagt, es sind wohl für Sachsen-Anhalt 30.000; das sind dann für uns 3.400 Personen. Es hieß ja mal das 1.400 Personen kommen und deswegen haben wir uns dann irgendwann mal auch entschlossen zu sagen, dass wir...*unverständlich*...deswegen versuchen wir im November noch mal die Austauschblätter einzubringen. Je mehr Personen kommen, desto höher wird das. Und das war nur ein Vergleich im Januar, Februar lag der Durchschnitt bei 100 Personen. Um da auch noch mal die Grundordnung vor Augen zu führen. Das ist sozusagen die Personenzahrentwicklung.

Herr Kogge

Also wir haben versucht Ihnen immer den Stand so darzustellen, wie er momentan ist. Wenn sich natürlich nächste Woche die Lage ändern sollte aus irgendwelchen Gründen, wissen Sie, im November Austauschblatt, das bekommen Sie dann.

Frau Haupt

Fragen dazu noch?

Herr Baus

Vielleicht doch noch mal was zu Finanzierung, weil das immer wieder kommt. Das ärgert mich jetzt doch mal ein Stück. Wir befinden uns im übertragenen Wirkungskreis...und was noch ganz interessant war, gestern bei der Diskussion, ich habe ja gerade eben mal erwähnt das Treffen aller meiner Kollegen in Magdeburg. Da sehen Sie auch, dass sich da auch in den Köpfen vieles verändert. Ich war ja immer für die Spitzabrechnung. Die Landkreise haben ja bisher immer gesagt, wir wollen keine Spitzabrechnung. Auch der Landkreis...war nie dafür, dieser Punkt ist zu viel Abrechnungsarbeit. Also bei der letzten, also gestern waren ja alle dafür die Spitzabrechnung durchzuführen, ich fand das ganz witzig. Also weil man offensichtlich merkt, es reicht nicht. Da hat sich auch eine Veränderung in unseren Köpfen sozusagen vollzogen. Und denken Sie auch immer dran was Frau Winter schon gesagt hat, bei der Grundsicherung im Alter, etwa 10 Mio. EUR, da rechnen wir ja auch spitz ab. Und das funktioniert. Meinem Erachten nach funktioniert das sogar gut...wir kriegen da quartalsmäßige Abrechnungen, das funktioniert gut.

Wie gesagt, im November kommen wir dann noch mal mit den aktuellen Zahlen.

Frau Haupt

Vor der Sitzung, wenn es geht.

Herr Baus

Ich erinnere mich noch an ein Schreiben von Herrn Kogge, das er für das Land gemacht hat, gleich am Anfang, dass wir von ganz anderen Zahlen ausgegangen sind, die ja nie gestimmt haben, wo das Land netterweise zurück geschrieben hat „Was wollen Sie eigentlich, Sie sind

doch ordentlich besetzt. ...“

Frau Haupt

Na gut.

Frau Winter

Und dann sehen Sie das nächste Produkt...hier wird abgebildet, was für Aufwendungen für das Haus gebunden sind.

Das nächste Produkt wäre die Förderung der Wohlfahrtspflege, da werden wir die Zuschüsse an freie Träger im freiwilligen Bereich...auch hier habe ich Ihnen die Zahlen mitgebracht. Wir haben den Ansatz 251.500 EUR. Und wir haben im Moment Anträge von 484.151 EUR gebunden...*unverständlich*...

Das nächste Produkt wäre Bildung und Teilhabe nach §6 Bundeskindergeldgesetz. Das ist im Prinzip analog zu Bildung und Teilhabe im SGB II. Das orientiert sich an den Ausgaben...

Wohngeld Produkt, Seite 969 bis 970. Auch hier sind nur die Personal- und Sachkosten abgebildet. Da die Leistungsgewährung, die Leistungszahlung direkt über die Bundeskasse laufen, nicht über den städtischen Haushalt.

Frau Ranft

Können Sie da schon mehr...*unverständlich*.

Frau Winter

...*unverständlich*...

Das nächste Produkt wären die sonstigen sozialen Angelegenheiten. Dort sind verankert der Halle-Pass; auch wieder eingestellt 30.000 EUR für den Winterfahrtdienst. Und ansonsten Personal- und Sachkosten für die ...Beratungsstellen, für die Sozialplanung.

Frau Ranft

Ich hätte noch eine Frage zu sonstigen sozialen Angelegenheiten. Es ja den beschlossenen Änderungsantrag der Fraktion zu Maßnahmen gegen Kinderarmut. Und da wurde beschlossen, dass zusätzliche Mittel zur Aufwertung des Halle-Passes bereit gestellt werden sollen. Und jetzt sind die ja nicht abgebildet, also dem beschlossenen Antrag wurde zumindest nicht gefolgt und wir stellen jetzt einen Änderungsantrag zum Haushalt oder wie machen wir weiter?

Herr Kogge

Hier gilt dasselbe, was wir in der Jugendhilfe schon einmal gesagt haben.

Zwischenrufe

Herr Kogge

Zuerst einmal, sind natürlich alle Sachen aufgenommen worden, die Pflicht sind. Und dann haben wir natürlich die Haushaltsansätze von 94 über die Bereiche die beschlossen wurden, 2015 in der mehrjährigen Scheibe weiter fortgeschrieben. Das ist Ihnen bei der Einbringung gesagt worden und was dann quasi vorher in dieser mehrjährigen Scheibe nicht drin war, ist hier auch nicht drin. Das heißt es ist das gemacht worden, wie bei der Einbringung gesagt. Schauen Sie bitte 2015 nach in dem Bereich Fortschreibung für die nächsten Jahre, da war quasi der Haushaltsansatz für 2016 drin und dieser Ansatz für 2016 ist im Wesentlichen die Grundlage für die Haushaltserstellung. Teil 1.

Teil 2, es handelt sich um einen freiwilligen Bereich und es handelt sich dabei um einen Betrag, den die Stadt zur Verfügung stellen möchte. Und Ihre Aufgabe ist jetzt quasi die Priorisierung innerhalb dieses Betrages wahrzunehmen. Das heißt, Sie drücken kommunalpolitisch das aus, dass Sie sagen, wenn Träger A mehr, dann Träger B weniger, dann kriegt Träger C eben noch weniger. Aber ich bitte darum, dass Sie der Verwaltung, wir haben unser Geschäft jetzt gemacht, wir haben den Haushaltsplan so eingereicht, wir würden Ihnen da auch eine gedeckte Förderliste dann geben, wenn der Haushalt dann beschlossen ist mit den Maßnahmen, wie wir mit dem Geld dann auch umgehen können. Und alles was Sie zusätzlich wollen, was ja sicher auch viele berechnete Grundlagen hat...die ich durchaus nachvollziehen kann, haben Sie aber Verständnis, vorweg Aufnahme geht nicht. Also wir können erst, wenn Sie Ihre Anträge durch haben, in der Bereinigungssitzung...unverständlich...und dann wird quasi der Stadtrat zum Schluss sagen, mit dem Abstrichen, mit den Zulagen, so sieht er aus.

Frau Haupt

Sie haben verstanden, wir müssen also Anträge stellen, wenn wir was vorhaben.

Herr Kogge

Aber nicht nur hier beschließen, sondern wir müssen dann natürlich gucken, dass Sie Ihre anderen Fraktionskollegen dann auch überzeugen, dass Sie da irgendwo das Geld herzaubern, weil natürlich jeder Ausschuss sagt „Ich finde das gut, das ist okay.“ Ich wäre der Letzte der nicht den Wunsch hat, bei Kinderarmut mehr zu machen. Aber Sie müssen auch sehen, der Kompromiss ist das, was wir jetzt vorgelegt haben. Und da werde ich nicht gegen angehen.

Frau Haupt

Gut, Sie können weiter machen.

Frau Winter

Dann sind wir schon bei der Investitionstätigkeit...*unverständlich*...insgesamt 21.500 EUR veranschlagt. Werden wir auch benötigen für neue Büromöbel, Büroausstattung...*unverständlich*...und 2.500 für das Inventar für das Haus der Wohnhilfe.

Frau Haupt

Das ist sehr übersichtlich.

Frau Winter

Stellenplan, da kann Herr Baus mehr sagen.

Herr Baus

Zum Stellenplan...einer der wichtigsten, Sie entscheiden ja auch über den Stellenplan, Haushaltsplan und Stellenplan, steht so in der Gemeindeordnung auch drin, das ist Ihre Aufgabe. Ich hatte noch mal, Sie erinnern sich letztes Jahr an die Grebe-Untersuchung. Da gab es ja einen Fallzahlenschlüssel so festgelegt, dem auch der Stadtrat zugestimmt hat. Deswegen habe ich Ihnen mal nur den Stand von September, wie viele Fälle man hat, also die 2.701 müssten Sie durch 140 teilen und dann hätten Sie jeweils die Differenz, was ich noch so bräuchte an Personal. Jetzt muss ich sagen, bei HLU und Asyl sieht die Sache sogar noch relativ gut aus. Aber wenn ich zum Beispiel bei Eingliederungshilfe oder Grundsicherung oder Wohnhilfe, da sieht die Sache noch erschreckender aus. Das muss ich an der Stelle wirklich sagen. Da fehlt bereits jetzt ganz deutlich Personal. Sie rechnen immer mit Vollzahlenstellen. Ich habe gar keine Vollzeitstellen, die meisten meiner Leute arbeiten weniger, mit 36 Stunden. Das heißt, Sie müssten sozusagen, wenn Sie eine Aufrechnung Personal haben wollen, mindestens immer noch mal was drauf satteln. Bei zehn Leuten, 36 Stunden, das da...*unverständlich*...und wenn Sie ganz lieb wären und dann noch meine Dauerkranken oder Rentner oder Sonstige betrachtet, bräuchte ich noch mehr Stellen. Ganz

lieb brauchen Sie aber nicht zu sein. Ich möchte...*unverständlich*...dass dieser Schlüssel betrachtet wird. ...*unverständlich*...

Herr Kogge

Da kann ich sagen, das ist auch Konsens in der Gesamtverwaltung, dass das unser Wunsch ist und da kennen Sie ja auch Blätter, die der Oberbürgermeister...den Bericht der Verwaltung aus dem Stadtrat, Sie kennen ja auch die Aussage vom Fachbereich 10, dass sie momentan versuchen die Lücken zu füllen. Deswegen sage ich, das ist eben ein laufender Prozess. Wenn sie jemanden nachbesetzt haben, kann es sein, wenn er jung, dynamisch, erfolgreich, dann aber auch 14 Tage später schwanger ist. Die Frage haben wir natürlich auch. Das ist positiv, aber insofern kann es uns passieren.

Frau Haupt

Frau Ranft hat noch eine Frage.

Frau Ranft

...ich verstehe noch nicht ganz, ist das jetzt Ihr Wunsch oder der Wunsch von Herrn Baus, oder ist das jetzt schon irgendwo festgeschrieben?

Herr Baus

Das ist ein Wunsch, dass der Fallzahlenschlüssel, so ist es glaube ich auch mal vereinbart worden, das der auch von mir nicht erfüllt wird. Und es kann nicht sein an der Stelle, dass man sagt, okay, da...*unverständlich*...dass ich sage, wir kalkulieren das Personal von vornherein so knapp oder wir gehen von vornherein davon aus, es kommt keine Fallzahlensteigerung, kein Personal. Und wenn, dann bitte ich das wirklich so zu machen, dass man das Personal einplant, von mir aus auch gerne mit dem Hinweis, dass man sagt, wir überprüfen alle drei Monate und machen ein...*unverständlich*...ein jegliches Defizit haben, das kann es im Grunde genommen nicht sein. Das wird auch mein Fachbereich nicht durchhalten...

Frau Haupt

Zwei Dinge noch mal, deswegen habe ich auch gefragt, Herr Paulsen hat ja gesagt, dass da noch was kommt, auch in Vorbereitung November, dass wir dann noch mal gucken, das hatte er vorhin erwähnt. Und zweitens ist das auch bitte, Sie kennen meine Position, das wir das beraten, aber der Personalausschuss muss das ja auch behandeln, das müssen wir dann auch über unsere Fraktion dann auch noch mal weiter delegieren.
Bitte.

Frau Ranft

Frau Krausbeck fragte mich gerade eben, das hatte ich doch aber vorhin gefragt. Und jetzt kommt eigentlich die Antwort, dass eigentlich 21 Stellen fehlen.

Frau Haupt

Das hatte Frau Winter vorhin aber eigentlich gesagt.

Frau Ranft

Ach so, da hatten Sie gesagt, ja die Antwort kommt später. Okay, jetzt schließt sich der Kreis, genau.

Zwischenrufe

Herr Baus

Mal eine Hochrechnung, was passiert denn im Asylbereich, wenn...Sie müssen immer davon ausgehen, ein Teil der Personen, wenn sie erkannt werden, Asylbewerberleistungsgesetz, merken, dann wechseln sie oder bekommen einen Job oder sind dann nicht mehr bei mir.

Insofern, bei 1.000 Personen, werden auf einen längeren Zeitraum gesehen natürlich nicht bei mir bleiben, sondern die wechseln oder die gehen an einen anderen Ort oder was auch immer dann passiert. Aber bei der Schnelligkeit unseres Bundesamtes, denke ich werden Stellen länger erhalten bleiben...*unverständlich*...dazwischen ein Asylantrag zu stellen, dann können Sie es April nächsten Jahres stellen. Insofern zur Schnelligkeit des Asylverfahrens...

Frau Haupt

Frau Krausbeck hatte sich gemeldet.

Frau Krausbeck

Ja meine Frage war ja in der letzten Haushaltsberatung, wurde mir hier im Ausschuss und auch im Stadtrat zusätzliche Stellen im Bereich beschlossen.

Frau Winter

Das ist hier noch nicht eingearbeitet, das kommt im Nachgang.

Frau Krausbeck

Das verstehe ich nicht, das hatten wir doch letztes Jahr beschlossen und da frage ich mich, wenn wir hier jetzt irgendwas beschließen...also meine allgemeine Frage, wurde das umgesetzt?

Frau Winter

Eingearbeitet sind in den Stellenplan der Ihnen jetzt vorliegt 21 neue Stellen. Die sind schon eingearbeitet. Und was das für Stellen sind, finden Sie auf Seite 1328.

Frau Haupt

Das sind, noch mal ganz kurz, die Stellen vom vergangenen Jahr?

Frau Winter

Das sind Stellen, die 2016 neu eingestellt worden.

Frau Haupt

Nein, sie meint für 2015. Vorheriges Jahr...

Frau Winter

Es sind für die Asylbereiche in 2015 sieben neue Stellen eingestellt. Die waren oder sind im Haushaltsplan drin, mit Sperrvermerk. Die sind mittlerweile aber alle besetzt.

Herr Baus

Die haben wir bekommen.

Frau Ranft

Und diese sind jetzt im Stellenplan 2016, also Ihr Wunsch wurde schon im Stellenplan 2016 aufgenommen, zum Teil.

Herr Kogge

Den Teil den wir damals wussten...da haben wir ja Kenntnis, deswegen müssen wir jetzt dann im Fachbereich Asyl wieder aufheben und quasi neu verteilen...*unverständlich*...

Frau Ranft

Ich verstehe es so schlecht, wenn so ein bisschen um die Ecke kommuniziert wird, ich bin immer eher für eine klare Kommunikation. Ich wüsste jetzt nicht, sind die 21 Stellen schon da oder nicht, ist das jetzt ein Abschlusswunsch von Herrn Kogge durch Herrn Baus vermittelt oder? Es ist irgendwie so verschachtelt.

Herr Baus

Die 21 ist sozusagen ein Abschlag in der Hoffnung auf mehr Stellen, ich will es mal so formulieren.

Zwischenrufe

Herr Baus

...wir setzen den Schlüssen um...*unverständlich*...

Frau Haupt

Können wir das vielleicht beim nächsten Mal noch mal präzisieren, dass Frau Ranft und alle anderen das auch noch mal verstehen?

Zwischenrufe

Frau Haupt

...vielleicht haben wir dann auch alles da, was uns jetzt noch nachgereicht werden soll, vielleicht verstehen wir es dann. Ich sage ja auch immer, ich hoffe dass es vor der nächsten Sitzung ist, dass wir uns das noch mal angucken können. Aber gut.

Sie sind jetzt ruhig. Es gab noch eine Frage.

Frau Krausbeck

Und zwar ist ja der Stellenplan auf Seite 1374 dargestellt und da steht alt und neu, das verstehe ich alles nicht, aber da kommt ja noch was neues. Meine Frage ist jetzt, da ist die Sachbearbeitung Halle-Pass für Asylbewerberleistungsgesetz...*unverständlich*...

Frau Winter

Wir haben einen Sachbearbeiter Halle-Pass, die Stelle war aber in 2015 weg, aber wir mussten jemanden einstellen, der diese Leistung bearbeitet. Da ist eine ...*unverständlich*...genommen worden aus dem Asylbewerberleistungsgesetz...Asylbewerberleistungsgesetz waren ja sieben Stellen im Stellenplan mit Sperrvermerk verankert. Eine Stelle davon hat der Halle-Pass bekommen und das ist jetzt im Stellenplan 2016 einbezogen, dass die ordentlich zugeordnet ist.

Zwischenrufe

Frau Krausbeck

...meine Anschlussfrage, dass der Halle-Pass Leistung die nicht nach Asylbewerberleistungsgesetz sind, da ist ja nur eine halbe Stelle vorgesehen, wenn ich das richtig sehe.

Frau Winter

Halle-Pass gibt es für alle Leistungsempfänger SGB II...*unverständlich*...dafür haben wir jetzt eine Stelle, das heißt eine Vollzeitstelle ist im Stellenplan verankert. Die Mitarbeiterin geht aber nur 30 Stunden.

Frau Haupt

Gut, Sie sehen, es war doch gut, dass wir uns verständigt haben. Vielen Dank erst mal für die Präsentation. Wir bekommen sie auch und dann können wir das ja auch noch mal nachvollziehen. Und wie gesagt noch mal die Bitte, so schnell als möglich uns die Unterlagen dann zu schicken, die Veränderungen für die zweite Sitzung.

Herr Kogge

Ich habe eine Bitte, bei den Stadträten jetzt in den nächsten Runden. Wir haben in den letzten Jahren dann überlegt, dass in jedem Ausschuss, wo wir Sachen vorgestellt haben, uns dieselben Fragen noch mal gestellt worden, auch von Ihren Kolleginnen und Kollegen.

Meine Bitte wäre, wenn Sie jetzt die Präsentation mitnehmen und in der Fraktion haben Sie ja dann die Möglichkeit zu sagen, gucken Sie bitte drauf, wir haben jetzt schon alles beantwortet, wir können also quasi Erklärungen...wenn man jedes Mal alles wiederholt, ist es einfach eine Frage, das können Sie sich vereinfachen, Sie können einfach in der Fraktion dafür bitte werben, dass die Sachen dann so angeguckt werden, dass jeder das bei Ihnen hat und dann kann...deswegen haben wir die Seitenzahlen schon dran geschrieben und damit haben Sie quasi die Möglichkeit möglichst einfach dann nachher sich auf das zu konzentrieren...unverständlich...

Frau Haupt

Aber wir können nicht garantieren, dass nicht trotzdem Fragen kommen.

Herr Kogge

Das ist mir schon klar, aber meine Bitte ist einfach, es macht der Verwaltung auch sehr sehr viel Arbeit, besonders wenn wir es dreimal erklärt haben und vielleicht ein Teil der Fraktion einen Antrag gestellt hat und die anderen gerade dann nachher denselben Antrag dann kaputt machen.

Frau Haupt

Wir bemühen uns.

Frau Dr. Gröger steht schon startbereit für den Bereich Gesundheit.

Frau Dr. Gröger

Kurz zum Haushalt des Fachbereiches Gesundheit 2016. Als erstes noch mal zur Übersicht unser Organigramm. Sie sehen auch hier, wir haben normalerweise 92 Vollzeitstellen mit den momentanen Stundeninanspruchnahmen sind das 88,3 Vollzeitäquivalente. Das heißt wir haben auch weniger Vollzeitkräfte schlussendlich als der Stellenplan vorgibt. Das ist auch der Tatsache geschuldet, wie im Fachbereich Soziales, das von der Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung Gebrauch gemacht wird.

Sie sehen, wir haben vier große Abteilungen. Amtsgutachten, Kinder- und Jugendgesundheit, Sozialpsychiatrie, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Die Bereiche Team Service und Hygiene. Und die direkt unter dem Querbalken stehenden Mitarbeiter sind der Fachbereichsleitung direkt unterstellt, stellen also keine eigenständige Abteilung dar. Das eine ist die Koordinatorin für Gesundheitsberichterstattung. Sachbearbeiter Gesundheitsassistent ist die mir zur Seite stehende Mitarbeiterin in meinem Büro. Und dann die Sachbearbeiterin Amtsärztliche Leistung, die für die Bereiche Amtsgutachten, Kinder- und Jugendgesundheit, Hygiene, Service, schlussendlich die Büroassistentenarbeiten erledigt.

Auch wir haben, das sage ich jetzt hier einfach mit in die Runde, auf Grund der zunehmenden Asylbewerberzahlen natürlich entsprechend in den einzelnen Abteilungen unterschiedlich stärkeres Aufkommen an Aufgaben zu bewältigen. So dass auch wir im Rahmen dieser Stellenanträge für unseren Fachbereich beantragt haben zu prüfen, über eine Vollzeitstelle Arzt, zwei drei Vollzeitstellen Arzthelfer, zwei Hygieneaufseher und ein Sozialarbeiter für den Bereich Tuberkulose. Das ist der Tatsache geschuldet, dass Überwachungsaufgaben zunehmen und auch umfangreicher werden...unverständlich...

Wir haben jetzt einen klitzekleinen Aufwuchs erzielt, wir sind jetzt etwas deutlicher zu sehen, wenn wir uns die Balkendiagramme anschauen. Der Haushalt des Fachbereiches Gesundheit macht knapp 9 % des gesamtstädtischen Haushaltes aus. Dieser Aufwuchs, das werden Sie gleich sehen, ist der Tat geschuldet, dass ab dem Jahr 2016 die Fördermittel zur Finanzierung der Suchberatungsstellen im Fachbereich Gesundheit zugeschlagen sind..

Ich habe Ihnen hier mal ganz kurz die ordentlichen Erträge der einzelnen Bereiche

mitgebracht. Sie sehen das fällt sehr unterschiedlich aus. Ist wie gesagt im unterschiedlichen Leistungsspektrum dieser Bereiche geschuldet. Die Finanzierung der Suchtberatungsstellen, das ist das was ich gerade sagte, dass die Verantwortlichkeit vom Fachbereich Soziales in den Fachbereich Gesundheit übergeht. Das ist durchaus, denke ich, gewollt und geschickt so, weil dann fachliche und finanzielle Schiene in einer Hand verwaltet werden kann. Sie sehen, dass die Bereiche, wo vorwiegend beratende Tätigkeit ausgeübt wird, nämlich im Kinder- und jugendlichen Bereich, im Bereich der Sozialpsychiatrie, aber auch im Bereich der Betreuungsbehörde die ordentlichen Beträge minimal bis nicht sichtbar dargestellt sind. Das ist aber auch dem Sachverhalt geschuldet, dass wir im Rahmen der Wahrnehmung unserer Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz verpflichtet sind, Beratungen vorzuhalten und die unter Umständen nicht oder geringfügig in Rechnung gestellt werden.

Für den Bereich Lebensmittelkontrolle sind es im Wesentlichen die Kontrollen/Aufgaben, die die Erträge erbringen. Im Amtsgutachten Gutachten zur Dienstfähigkeit/Arbeitsfähigkeit und die Belehrung nach Infektionsschutzgesetz zur Erlangen des Gesundheitszeugnisses. Im Bereich Hygiene die Kontrollen in den verschiedenen Einrichtungen beziehungsweise die Geldgeber im Rahmen der reisemedizinischen Sprechstunden. Minimale Erträge werden in der Betreuungsbehörde durch Beglaubigungen erzielt.

Auf der nächsten Folie sind im Gegensatz dazu die Aufwendungen. Und da sehen Sie, da wo die Erträge gering sind, sind die Aufwendungen leider hoch, in Anführungsstrichen leider. Im Wesentlichen sind das bei uns die Personalkosten die hier zu Buche schlagen. Im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst haben wir vier Ärzte plus eine Kinder- und Jugendpsychiaterin. Alle nicht vollzeitbeschäftigt, so dass da also entsprechend auch Gelder für die Entgeltzahlungen bereitgestellt werden müssen. Diese Aufwendungen schließen auch Aufwendungen aus dem Fachbereich 24 mit ein, sodass also das Gesamtpaket... an...Gesamtaufwendungen zu betrachten ist; also Personal plus Fachbereich 24 im Wesentlichen.

Gut, und jetzt noch eine Übersicht, was war das Ergebnis 2014, was ist der Ansatz 2015 und wo bewegen wir uns voraussichtlich 2016. Und ich kann es hier auch relativ kurz machen. Da wo Aufwüchse da sind, sind das in der Regel die Aufwüchse, die durch die Personalkosten entstehen. Entweder durch Tarifsteigerungen oder durch die Entgeltgruppensteigerung, die bei den entsprechenden Mitarbeitern anstehen. Wir haben fast ausschließlich Personalkosten, die da zu Buche schlagen. Im Bereich Amtsgutachten sind die Sachkosten noch mal ein klein wenig mit angestiegen und auch im Bereich Kinder- und Jugendgesundheit. Aber wie gesagt, im Wesentlichen sind es bei uns die Personalkosten, die hier das Wesentliche ausmachen. Das war eben jetzt schon alles, was ich in der Zusammenfassung sagen möchte und würde dann auf Ihre Fragen eingehen.

Frau Ranft

Das ist ähnlich mit dem Halle-Pass. Es gab ja den fraktionsübergreifenden...unverständlich...ich weiß es nicht mehr ganz genau, es gab jedenfalls einen Änderungsantrag zu integrierter Sozialhilfe, der auch beschlossen wurde. Dass die Träger der Suchtberatungsstellen endlich nach langen Jahren, ohne Tarifierhöhung, die Tarifierhöhung bekommen, und Sie hatten ja jetzt gerade aufgeführt, dass es bei Ihnen ganz normal ist im Fachbereich, dass immer mit Tarifsteigerung, dass die einfach durchgereicht werden. Und so soll es ja auch sein. Aber bei anderen soll es ja auch so sein und die sind ja auch nicht, ist ja auch nicht eingepreist worden. Da ist die Antwort von Herrn Kogge bestimmt die gleiche wie eben auch zum Halle-Pass. Wir werden dann wieder dann wieder einen Änderungsantrag stellen, oder?

Frau Dr. Gröger

Es ist so, dass in den Trägergesprächen, die einmal jährlich stattfinden, im Vorfeld geben die Suchberatungsstellen einen Finanzierungsplan ab oder ihren Antrag auf Förderung. Und in den Trägergesprächen wird dann auseinander dividiert, was geht und was nicht. Und an einigen Trägergesprächen habe ich persönlich auch teilgenommen. Und es ist so gewesen, dass die Tarifsteigerungen, die die Träger haben, da schon zu Buche schlagen. Natürlich gegebenenfalls zu Lasten einer anderen Position. Aber es ist jetzt nicht so, weil jetzt hier gerade der Eindruck entsteht, die Mitarbeiter haben jahrelang auf ihre Tarifierhöhung verzichten müssen. Wir haben immer einen Weg in den Gesprächen gefunden, der dann von beiden Seiten irgendwo begehbar schien. Wie das dieses Jahr ist, werden wir sehen. Die Trägergespräche sind für den 2. November geplant. Die Finanzierungspläne haben wir jetzt glaube ich inzwischen von allen Suchberatungsstellen vorliegen. Und dann müssen wir in dem gemeinsamen Gesprächstermin sehen, wie das für das Jahr 2016 funktionieren kann.

Herr Kogge

...Sie meinen die prognostischen Tarifierhöhungen und wir meinen die rückliegenden. Also das, was bei der Antragsstellung an Tarifierhöhung war bei den Trägern. 2015 gab es ja auch welche aus 2014. Die sind dann quasi nicht immer drin. Das was prognostisch 2016 kommt, auch da ist es so, dass natürlich diese Schere da ist, wo quasi ...die Verwaltung ihre Sachen dann durchsetzt und die Träger, was 2016 betrifft, was wir noch nicht kennen, wo die Träger zum Teil ja Hausverträge haben und die Erhöhung 2016 erst stattfinden wird. Weil wir quasi ihre Sachen nach...ihre Tarifverträge mit ihren Tarifabschlüssen haben.

Frau Ranft

Das hört sich jetzt ganz logisch an, aber dennoch, ist es nicht so, ich hätte ganz gerne ein Wortprotokoll von den Aussagen von Frau Dr. Gröger und von Herrn Kogge, und ich kündige schon mal einen Änderungsantrag dann an.

Frau Haupt

Gut, weitere...Ja, Entschuldigung.

Frau Simon

...*unverständlich*...und von daher kann man das auch sehr nachhalten, dass man mit den Trägern gesprochen wurde, weil auch ich habe an den Tendenzgesprächen teilgenommen, das genau solche Punkte immer eine Rolle spielen.

Herr Kogge

...wenn Sie Fragen haben, Träger X mit der Position Y zugestimmt, dann...

Frau Ranft

Das Thema hatten wir auch schon mal, das ist ja jetzt nicht an der Tagesordnung. Wie so ein Trägergespräch abläuft, darüber hatten wir uns ja auch schon mal sage ich mal unterhalten, inwieweit man da wirklich auch miteinander verhandelt und wo jetzt die Obergrenze ist, was, welcher Verhandlungsspielraum überhaupt da ist. Aber das ist jetzt nicht Thema, sondern das ist jetzt, dass ich den Änderungsantrag bestimmt auch...schon mal ankündige.

Frau Haupt

Sie hatten noch eine Frage, bitte.

Herr Dr. Wöllenweber

Ja, ich habe noch eine Frage zu der Größenordnung. Die 167.000 EUR für die Suchberatung, die jetzt bei Ihnen eingepreist sind. Es geht leider nicht aus der Unterlage hervor, das ist die Seite 1194, welche Größenordnung im vorherigen Bereich war. Da steht eine null...

Zwischenrufe

Herr Dr. Wöllenweber

Kann man das nachfragen?

Frau Dr. Gröger

Da muss ich mich kurz mit Frau Winter abstimmen.

Das ist identisch, das ist dieselbe Summe...

Herr Dr. Wöllenweber

Die gleiche Größe?

Frau Dr. Gröger

Ja.

Herr Dr. Wöllenweber

Gut, das reicht mir schon. Danke.

Frau Haupt

Gut. Weitere Fragen?

Herr Rothe

Ja, werden die Leistungen für das Land angemessen vergütet? Als ich im September 1991 zugewandert bin aus der Rhein-Provinz, da wurde ich nach nur einer Nacht im Maritim Hotel verbeamtet. Wobei bei der Stadt ein Amtsgutachten eingeholt wurde.

Frau Dr. Gröger

Das sind die Begutachtungen zur Dienst- oder Arbeitsfähigkeit. Da gibt es Auftraggeber und die bekommen von uns eine Rechnung in dem Umfang, wie die Leistung vergütet wird. Da habe ich den Auftrag erteilt bekommen und die Rechnung dann gestellt.

Frau Haupt

Weiter Fragen? Sehe ich jetzt nicht.

Wenn ich jetzt so gucke, sind wir für die erste Lesung durch. Oder, gibt es jetzt noch andere Fragen von Ihnen? Investitionen gab es ja nicht, oder?

Frau Dr. Gröger

Nein.

Frau Haupt

Nein, war klar.

Dann bedanke ich mich noch mal bei allen Vortragenden und bin...und im November machen wir dann weiter. Und noch mal Apell und die Bitte, Anträge, angekündigte oder welche die noch entstehen, wenn es geht, bitte zeitnah, damit die Verwaltung darauf reagieren kann und wir auch. Bitte. Danke. Gilt auch für Anfragen.

Ach so, noch mal für das Protokoll, wir beschließen also nicht, sondern erste Lesung und das haben Sie schon? Super.

Ende Wortprotokoll

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

**zu 4.2 Förderung der SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
zum Betreiben eines "Mehrgenerationenhauses Pusteblume" in Halle-
Neustadt vom 01.01.2016 bis 31.12.2020
Vorlage: VI/2015/01050**

Herr Kogge führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

Frau Ranft wollte wissen, warum die Förderung gestiegen ist. Dies begründete **Frau Winter** mit den erhöhten Personal- und Sachkosten.

Weiter erkundigte sich **Frau Ranft**, was die SPi Soziale Stadt und Entwicklungsgesellschaft mbH von anderen Trägern unterscheidet. **Frau Simon** erläuterte, dass es keinen Unterschied gibt. **Herr Kogge** ergänzte, dass ein beschlossener Tarifvertrag unabdingbar ist. Weiter sagte **Frau Simon**, dass mit der Geschäftsführerin gesprochen hat und diese ihre getroffenen negativen Aussagen zurückgezogen hat.

Frau Ranft informierte, dass Träger und Geschäftsführer auf sie zugekommen sind und ihren Unmut über nicht abgeschlossene Tarifverträge geäußert haben. Dies ist nur in einem Gespräch zu klären, entgegnete **Frau Simon**.

Frau Dr. Schöps bat um Information, welcher Bedarf an Instandsetzungen am Gebäude vorhanden ist und ob dort Maßnahmen geplant sind. **Herr Kogge** nahm den Auftrag für den Fachbereich Immobilien an.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, die SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH für das von dieser betriebene Nachbarschaftszentrum „Pusteblume/Mehrgenerationenhaus“ für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2020 und unter der Bedingung, dass die o. g. Gesellschaft jährlich bis zum 31.06. einen Kosten- und Finanzierungsplan bei der Verwaltung vorlegt, mit einem Zuschuss von jährlich maximal 55.000 EUR zu fördern.“
2. Der Stadtrat beschließt, die SPi Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH, als Mieter des Objektes „Zur Saaleaue 51 a“ in Halle (Saale), vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2020 von der Zahlung des Kaltmietzinses zu befreien.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2015/01235

Herr Eigendorf brachte den Antrag im Namen der Antragsteller ein.

Herr Peinhardt sagte, dass der Planungsausschuss den Antrag vertagt hat, da noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass Frau Haupt um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis sKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den städtischen Wohnungsgesellschaften, den privaten Wohnungsunternehmen und weiteren relevanten Akteuren ein wohnungspolitisches Konzept für die Stadt Halle zu erarbeiten, das u. a. Handlungsschwerpunkte und -bedarfe für eine vielfältige und soziale Wohnraumversorgung benennt.

Im Rahmen der Erarbeitung sollen u. a. folgende Eckpunkte erörtert werden:

- Die Notwendigkeit einer differenzierten Sanierungspolitik, die unter Maßgabe einer wirtschaftlichen Wohnungspolitik nicht nur auf hochwertige Sanierungen setzt
 - Die Beachtung eines sozialverträglichen Umgangs mit Mietanpassungen, Modernisierungsumlagen etc.
 - Die Berücksichtigung von AsylbewerberInnen und Asylberechtigten als einkommensschwache Haushalte mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt
 - Die Beachtung der Herausforderungen von alters-, behinderten- und familiengerechter sowie energetischer Sanierung
 - Die Notwendigkeit einer vorausschauenden städtischen Flächen- und Liegenschaftspolitik
 - Die Berücksichtigung von sich überlagernden Anforderungen und Zielkonflikten
 - Die Abstimmung des wohnungspolitischen Konzeptes mit den Ergebnissen und Zielen des ISEK, um Wohnungspolitik als Instrument der Stadtentwicklung zu nutzen
 - Die Möglichkeit der Etablierung von Ziel- und Kooperationsvereinbarungen zwischen der Stadt sowie ihren städtischen Beteiligungen und privaten Wohnungsunternehmen
2. Das dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegende Konzept ist mit übergeordneten Leitlinien und davon abgeleiteten Instrumenten bzw. Maßnahmen zu untersetzen, welche auf Basis eines andauernden Monitorings regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst oder erweitert werden. Für die Evaluation der Inhalte des Konzeptes wird die Einbindung bzw. Nutzung eines Gremiums zur städtischen Wohnungspolitik, z.B. des „Netzwerks Stadtentwicklung“ angeregt.

3. Bei der Erstellung des Konzeptes ist das Instrument der flexiblen Mietpreis- und Belegungsbindung zu berücksichtigen (siehe Antrag VI/2015/00999).
4. Das wohnungspolitische Konzept ist dem Stadtrat zu seiner Sitzung im September 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung ist bei jeder Sitzung über den Fortgang der Erarbeitung zu unterrichten.

**zu 5.2 Dringlichkeitsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge
Vorlage: VI/2015/01259**

Herr Bernstiel brachte den Antrag im Namen der Fraktion ein. Er erwähnte, dass die Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters nicht angegriffen werden. So vorliegend, wie im Antrag gewünscht, gibt es derzeit kein anderes vergleichbares Material.

Herr Kieslich fragte nach einer Stellungnahme der Verwaltung. Er sagte, dass es ähnliche Broschüren gibt, wie beispielsweise ein Refugee Guide, sowie Broschüren vom Bundesamt, und vom Landesamt. Er würde den Antrag eher als Anregung aufgreifen wollen.

Frau Schneutzer erklärte, dass Anfang diesen Jahres 1.700 Bücher für Gemeinschaftsunterkünfte aufbereitet wurden. Es handelte sich um Bundesmaterial in 22 Sprachen, welches auch in den Gemeinschaftsunterkünften zur Verfügung gestellt wurde. Es wurden in den entsprechend vorherrschenden Sprachen Informationen geliefert zu Themen wie Beratungsstellen, Sprache erlernen – wo und wer sind Ansprechpartner. Auch das Land hat eine Broschüre aufgelegt mit Informationen zur/m Meldepflicht, Aufenthaltsstatus, Kontoeröffnung, Zeugnisse, Führerschein. Speziell für Halle wurde ein Handbuch für Migration aufgelegt. Dieses ist derzeit noch überwiegend in Deutsch, wird aber nach und nach übersetzt. Bis Mitte Dezember plant man eine sogenannte Willkommensmappe. Diese soll in der Art gestaltet werden, dass sie fortlaufend erweitert werden kann. Es ist aufgrund finanzieller Mittel nicht möglich, innerhalb kurzer Zeit Informationsmappen / Willkommensmappen in unterschiedlichsten Sprachen zu erstellen. Das Land plant, im kommenden Jahr 50.000 Euro in Informationsmaterial für alle drei Stufen: Erstaufnahme, Asylverfahren und Zuweisung zu stecken.

Herr Bernstiel fragte, ob Frau Schneutzer nicht einmal so eine Broschüre / Willkommensmappe mitbringen könnte.

Frau Schneutzer sagte, dass die Broschüre im Internet Verfügbar ist. Die Willkommensmappe hingegen befindet sich noch in der Erstellung.

Herr Bernstiel verdeutlichte, dass in den bisher existierenden Broschüren die ordnungspolitische Komponente fehlt.

Frau Ranft stellte gemäß § 9 Abs. 1 Buchstabe h) der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigt. Sie empfahl, dass die Intension des Antrags der CDU/FDP-Fraktion als Anregung an Frau Schneutzer und den Ausländerbeirat weitergegeben werden sollte.

Frau Haupt bat um Abstimmung des GO-Antrages.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag auf Erledigt: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: **erledigt**

Beschlussempfehlung:

Dringlichkeitsantrag zur Erstellung einer Orientierungs-/Willkommensbroschüre für Flüchtlinge

Die Stadtverwaltung wird beauftragt schnellstmöglich und ggf. mit der Unterstützung Dritter, eine Orientierungs-/Willkommensbroschüre zu erstellen, die Flüchtlingen bei der Unterbringung im Stadtgebiet übergeben wird.

Die Broschüre soll in den Sprachen Englisch, Arabisch, Paschto/Dari und Deutsch verfasst werden. Darüber hinaus sollen möglichst viele Infografiken und Fotos verwendet werden.

Wesentliche Inhalte der Broschüre sollen sein (Inhalten können gern erweitert werden):

- Staatsapparat in Deutschland
- Religionsfreiheit
- Schulsystem
- Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Gewaltmonopol bei der Polizei bzw. des Staates
- Grundregeln im Straßenverkehr
- Rechte und Pflichten von Asylbewerbern in Deutschland
- Hinweise zur öffentlichen Ordnung (z.B. Müllentsorgung, Ruhezeiten, Eintrittspreise zu Kultureinrichtungen)
- Hinweise zur medizinischen Versorgung
- Kontaktdaten von hilfreichen Ansprechpartnern wie z.B. Stadtsportbund Halle e.V., Ausländerbeirat u.s.w.

Die Erste Auflage der Broschüre soll spätestens am 02. November 2015 übergabefertig sein.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Schuleingangsuntersuchungen und zu vorzeitigen Einschulungen in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01234**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 6.2 Anfrage der Stadträtin Dr. Regina Schöps (NEUES FORUM) zum Handlungsbedarf kommunale Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01244**

Es lag noch keine Antwort der Verwaltung vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.3 Bericht "Familien stärken - Perspektiven eröffnen"

Frau Brederlow führte in die Thematik ein. Im Weiteren informierte **Herr Fritsche** anhand einer Präsentation zum Bericht „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 7.4 Vorstellung der PSAG und erste Ergebnisse der Handlungsempfehlungen aus dem Psychiatriebericht

Frau Dr. Haring informierte anhand einer Präsentation zur PSAG und zu ersten Ergebnissen der Handlungsempfehlungen aus dem Psychiatriebericht.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 7.5 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

**zu 8.1 Mündliche Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Impfungen von Kindern
Vorlage: VI/2015/01283**

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 8.2 mündl. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Missständen in der
Stadtverwaltung - Sozialamt
Vorlage: VI/2015/01338**

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Anfrage Frau Ranft zur Suchtpräventionsstelle

Frau Ranft fragte, ob die Stadtmission schon die Suchtpräventionsstelle beim Land beantragt hat.

Frau Dr. Gröger verneinte dies.

zu 8.4 Anfrage Herr Kieslich zur Ausstellung Personalausweis

Herr Kieslich fragte nach der Antwort auf seine Anfrage zur Ausstellung des Personalausweises.

Frau Haupt wies ihn darauf hin, dass die Beantwortung in Session hinterlegt ist.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Herr Kieslich und Herrn Peinhardt zum Haushalt

Herr Kieslich merkte an, dass das auf dem iPad auf den einzelnen Seiten das Häkchen bei „Auftragsgrundlage / Rechtliche Grundlage“ nicht ersichtlich ist.

zu 9.2 Anregung Herr Peinhardt zum Bericht Flüchtlingssituation

Herr Peinhardt regte an, dass in den Berichten zur Flüchtlingssituation die Zahl der Flüchtlinge mit aufgenommen wird.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Frau Haupt** die öffentliche Sitzung beendete.

Für die Richtigkeit:

Tobias Kogge
Beigeordneter

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Yvonne Merker
stellvertretende Protokollführerin